

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 65-66.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Som Verhandeln.

Wir stehen, durch die erfolgte Anerkennung der Gewerkschaften als berufliche Vertretung der Arbeiterschaft, als gleichberechtigter Teil neben den Arbeitgebern und verhandeln mit den Vertretern der Arbeitgeberverbände.

Früher schallte es uns aus dem Lager der Arbeitgeberverbände entgegen: wir verhandeln nicht! Inzwischen ist das nun anders geworden und sind bereits manche Verhandlungen geführt.

Das Verhandeln ist nicht jedermanns Sache, wenngleich auch manche Funktionäre überraschend großes Geschick darin befunden und das Verhandeln schnell „gelernt“ haben. Denn gelernt will die Sache doch in etwa sein.

Die Arbeitgeber haben den Arbeitern im Verhandeln, welches im wesentlichen wieder auf „Handeln“ hinausläuft, manches voraus. Sie kennen aus ihrer bisherigen Praxis heraus das Handeln und Verhandeln mit ihren Lieferanten und Abnehmern und sind in der Kunst, möglichst viel für die eigenen Zwecke herauszuschlagen, durch längere Erfahrung eingeweiht. Anders die Arbeiter und Arbeiterführer. Hinzu kommt, daß das ganze Milieu, aus dem die Arbeitgeber hervorgehen, mehr auf diplomatische Formen und geschmeidigere Redensarten eingestellt ist, als dasjenige der Arbeiter, in welchem mehr gerade heraus und derbe aufs Ziel losgesteuert wird.

Was gehört nun vor allen Dingen zum erfolgreichen Verhandeln?

Zunächst volle Beherrschung des Verhandlungsgegenstandes. Wird über den Abschluß eines Tarifvertrages verhandelt, dann ist es notwendig, daß diejenigen, welche auf unserer Seite die Verhandlungen führen, den Produktionsprozeß kennen und die Wirkung eines Gegenvorschlages, der von den Arbeitgebern kommt, sofort überblicken können. Die bis jetzt abgeschlossenen Tarifverträge sind vielfach noch sehr allgemein gehalten und gelten meist für mehrere Branchen. Den Verhandlungskommissionen gehörten deswegen in der Regel auch Vertreter an, welche entweder aus den verschiedenen Branchen hervorgegangen, oder noch darin tätig waren. Jede Branche hat für sich aber meist einen sehr komplizierten Arbeitsprozeß, und je mehr die an den Verhandlungen Teilnehmenden sich in die Dinge hineingearbeitet haben, desto besser. Das Ziel der Verhandlungen, die vorausgehenden Eingaben und die Verhandlungsgrundlage müssen vorher gründlich überlegt, durchberaten und klar gestellt sein, damit nicht, infolge mangelnder Vorbereitung, die Gegenseite durch triftige Gegengründe das Gebäude zum wanken bringt und ihre Position dadurch wesentlich stärken kann.

Des weiteren gehört zum erfolgreichen Verhandeln die Vermeidung alles Phrasenhaften. Viele Worte mit wenig Inhalt verfassen bei Verhandlungen nicht. Mit Versammlungsschlagworten und langatmigen Reden kommt man da nicht weiter. Man hat es erlebt, daß die radikalsten Versammlungsredner bei Verhandlungen eine recht traurige Figur spielten. Bei dem kürzlichen Eisenbahnerstreik in Berlin hat der radikale Abgeordnete Paul Hoffman in den Versammlungen alle Schimpfregister gezogen und aufs wüthete gegen die mäßigeren Elemente geheßt. Die Menge jubelte ihm zu und mit Vernunftgründen war gegen den Mann nicht anzukommen. Und bei den Verhandlungen über die Eisenbahnerforderungen in Gegenwart des Ministers? Da hat der Mann, dessen Redefluß in den Versammlungen kaum zu hemmen war, den großen Schweiger markiert. Dagegen haben die von ihm beschimpften mäßigeren Elemente erhebliche Vorteile für die Arbeiter erzielt. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Bei den Verhandlungen kommt es auf Sachkenntnis, auf klaren Blick, Geschick und nüchternen Urteil an. Die hundertlei Gegeneinwände müssen sachlich widerlegt, jeder Gegenvorschlag in seiner Tragweite überschaut sein. Wenn an irgend einer Stelle das Ganze zu scheitern droht, muß sie zunächst geschickt umgangen, oder durch praktische Ar-

beit aus dem Wege geräumt werden. Der geschickte und nüchtern veranlagte Praktiker erzielt bei Verhandlungen für die Arbeiter allemal mehr, wie ein Schwadronneur und Phrasendrescher; selbst wenn er in den Versammlungen auch den „starken Mann“ spielt.

Su der Form höflich bleiben, in der Sache aber bestimmt sein, ist des ferneren eine Kunst, welche die Verhandlungen sehr zu fördern geeignet ist. Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze sind bei Verhandlungen sehr häufig. Man kann sich auch gegenseitig nicht immer mit Sammelhandschuh anfasseln. Im allgemeinen müssen die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze aber sachlich ausgetragen werden. Persönliche Angriffe soll man vermeiden. Sie mögen mitunter, wenn man den Gegner schwächer glaubt, einen Vorteil versprechen. In Wirklichkeit sind aber persönliche Angriffe nur ein Zeichen der eigenen Schwäche und rächen sich auf die Dauer doch. Abgesehen davon, daß die gegenwärtige Schwäche des Gegners, im Wandel der Zeit, später in das Gegenteil umschlagen kann, lassen persönliche Angriffe in der Regel Erbitterung zurück. Es gibt umgekehrt aber Verhandlungsteilnehmer, welche bei schwierigen und heißen Auseinandersetzungen schnell einen treffenden, niemand verletzenden Witz bei der Hand haben, der dann die Spannung löst. Solche Menschen sind mitunter sehr zu schätzen.

Man muß zwar aufgehen in der Sache, darf aber kein Fanatiker sein und unter allen Umständen recht haben wollen. Rechtshaberische Menschen erschweren die Verhandlungen. Manchmal heißen sie sich auf Dinge fest und wollen nicht davon abgehen, trotzdem sie wenig von Belang und nur von vermeintlichem Vorteil für die Arbeiter sind. Man muß sich beim Verhandeln in der Regel von vornherein damit vertraut machen, daß man nicht alles durchsetzen kann. Umgekehrt soll man aber die Forderungen im Anfang auch nicht allzu hoch, oder mehr als doppelt so hoch stellen, als wie man davon, bestimmter Voraussicht nach, durchsetzen kann.

Da ist es besser, sich einigermassen im Rahmen des möglichst Erreichbaren zu halten und das durchschlagend zu verteidigen und möglichst festzuhalten, als ganz erheblich zu überfordern und dann Pflock um Pflock zurückzustecken. Passiert das wiederholt, dann werden neue Forderungen nicht mehr so recht ernst genommen.

Diese kurzen Darlegungen zeigen schon, daß das Verhandeln nicht so leicht ist. In einer kürzlich erschienenen Broschüre (Verlag Schiewink Gronau i. W.) wird hervorgehoben, daß die Gewerkschaftsführer an Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen und Verordnungen den Arbeitgebern überlegen seien; im Zusammenhang damit wird sogar von „einem mit allen Hunden gehezten Arbeiterführer“ gesprochen. Nun ist aber die Kenntnis der Gesetzesbestimmungen usw. nur ein Teil der ausschlaggebenden Faktoren bei Verhandlungen, und es bleibt schon richtig, daß, wie wir anfangs hervorgehoben, die Arbeitgeber im allgemeinen, infolge ihrer ganzen Stellung und Tätigkeit, der Arbeiterseite beim Verhandeln etwas voraus haben. Wenn nun die Arbeitgeber trotzdem anerkennen, daß viele Arbeiter und besonders die Arbeiterführer beim Verhandeln großes Geschick an den Tag legen, so ist das ein Beweis für die geistige Regsamkeit und Anpassungsfähigkeit der Arbeiterschaft. — Verhandeln ist praktische Arbeit im Dienste des Arbeiterstandes. Die meisten Vorteile haben dabei die ruhig und zielbewußt ihren Weg gehenden Arbeiter und deren Führer errungen. Phrasendrescher und in den Versammlungen stets Gehredend haltende Elemente haben im Verhandlungswege, der doch letzten Endes immer beschritten werden muß, das wenigste für die Arbeiter erreicht. Dieses erkennen, heißt die notwendige Lehre daraus ziehen.

Wie „geschoben“ wird.

Der Schleichhandel und das Schiebertum treiben immer noch ihr verbrecherisches Wesen. Sie schädigen nicht nur die ehrlichen und realen Kaufleute und Firmen, sondern verteuern die Waren ungemein und erheben das Unmoralische und Uneheliche zum leitenden Geschäftsprinzip. Die Unverschämtheit, mit der manche dieser Leute vorgehen, zeigt das Schreiben eines Berliner Schiebers, welches an eine große schweizerische Firma gerichtet ist. Das Schreiben lautet:

„Berlin-Steglitz, den 14. Juni 1919,
Kommenstr. 44.

Firma

Hierdurch erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen: Unter normalen Umständen ist es heute auf keinen Fall möglich, von der deutschen Regierung „Einfuhrbewilligungen“ für schweizerische Textilwaren (Seiden, Stoffe, Wäsche usw.) zu erhalten. Da ich aber über die notwendigen Beziehungen verfüge, bin ich in der Lage, Ihnen derartige Einfuhrbewilligungsscheine zu beschaffen.

Es ist also dazu erforderlich: Antragsformulare in sechsacher Ausfertigung mit dem amtlichen schweizerischen Stempel — T. Nr. ??? Ausfuhr in Aussicht gestellt. Ferner für jeden Antrag: drei beglaubigte Abschriften der Auftragserteilungen, drei beglaubigte Rechnungsschichten, ein Zahlungsnachweis, aus dem hervorgeht, daß die Bezahlung der Ware an den betreffenden Schweizer Lieferanten erfolgt ist. Es braucht genau darauf zu achten, daß die beglaubigten Abschriften der Auftragserteilungen ebenso wie die Rechnungsschichten ein Datum von — vor dem 2. 12. 1918 erhalten.

Aus den Zahlungsnachweisen, bei denen nur die Unterschrift des Lieferanten beglaubigt zu sein braucht, muß hervorgehen, daß die Bezahlung der eingeführten Ware — vor dem 4. 4. 1919 erfolgt ist. Diese müssen also das Datum erhalten, welches zwischen den Rechnungsschichten und dem 4. 4. 1919 liegt.

Unsere heutigen Zustände zwingen uns, nicht engherzig zu sein, da sonst überhaupt kein Geschäft zu realisieren ist. Sollte also das Datum auf den Originalen der Ordererteilungen, Rechnungen usw. nicht dem vorstehend angegebenen Datum entsprechen, so ist es ja leicht, das Originaldatum, bevor man die Abschriften zur Beglaubigung gibt, entsprechend zu ändern.

Es kann dies wohl ganz unbedenklich gemacht werden, da es sich ja hier um eine reine Formsache handelt, bei der niemand geschädigt wird. Sollte aber die Auftragserteilung erst jetzt erfolgen, so läßt sich auch diese Sache ja leicht in der erforderlichen Weise richtigstellen.

Für meine und meines Mitarbeiters Bemühungen beantrage ich bei den einzelnen Anträgen unter 10 000 Fr. — Zehntausend Franken — 15 Prozent — fünfzehn Prozent — bei Anträgen über diese Summe hinaus — 10 Prozent — zehn Prozent — des Rechnungsbetrages.

Sollten Sie für dieses mein Angebot Interesse haben, so empfehle ich Ihnen, mit größter Eile mir die erforderlichen Unterlagen als „eingeschriebenen“ Brief zugehen zu lassen.

Sie wollen aber genau darauf achten, daß immer alle erforderlichen Papiere zusammen sind, und zwar in der vorbezeichneten Art mit dem angegebenen Datum.

Die Beglaubigungen der Abschriften usw. können von jeder Person, die berechtigt ist, ein amtliches Siegel zu führen, vorgenommen werden, am besten von der Polizei oder einem Notar.

Anscheinend handelt es sich hier um ein richtiges Schiebertum. Der „Konfektionär“, der in Nr. 53 vom 3. Juli 1919 den Wortlaut des Schiebertums veröffentlicht, bemerkt dazu, daß sofort dem Reichswirtschaftsministerium von dem Schreiben dieses Herrn, der in dem Brief anderen sogar Fälschungen empfiehlt, Kenntnis gegeben sei. Möglich, daß das Reichswirtschaftsministerium nach den „Beziehungen“ des Briefschreibers forscht und etwas Licht in die ganze Sache bringt, aber damit darf es nicht sein Bewenden haben. In den Pranger mit solchen Menschen! Und von den eingefackten Gewinnen darf denselben nichts verbleiben.

D zage nicht, wenn dein Wirken scheint dir klein;
Die kleinste Tat hat ihren Zweck auf Erden;
Bedenke, wenn das Sandkorn würd' nicht sein,
Was sollte aus den hohen Bergen werden?

Allgemeine Rundschau.

Bergünstigungen für Minderbemittelte in Bezug auf die Einkommensteuer.

Nach dem preussischen Notgesetz vom 4. Juni d. J. können die Gemeinden, ausnahmsweise für dieses Rechnungsjahr, abweichend von den Bestimmungen des § 37 des Kommunalabgabengesetzes, beschließen. Sie können nach dem erwähnten Notgesetz die Steuerföge bis 16 M. (Einkommen bis 1500 M.) ganz steuerfrei lassen und dann bis zu einem Einkommen von 3900 M. eine abgestufte wesentliche Ermäßigung der vorgeesehenen Steuerföge vornehmen. Demgegenüber sollen zum Ausgleich die Einkommen von mehr als 6500 M. stärker belastet werden. In verschiedenen Orten hat man (teilweise auf Anträge hin, die von unserer Seite gestellt wurden) im Sinne des Gesetzes einen Ausgleich zugunsten der Minderbemittelten vorgenommen.

Die aus dem Heeresdienst zuletzt Entlassenen sind vielfach mit einem höheren Einkommen zur Steuer herangezogen, wie ihre Arbeitskollegen. Während sonst in diesem Steuerjahr das Einkommen von 1918 der Besteuerung zugrunde gelegt ist, wird bei den zuletzt aus dem Heeresdienst Entlassenen das mutmaßliche Einkommen für 1919 angelegt. Hierbei kommen oft Härten vor und ist darauf zu drängen, daß diese möglichst vermieden werden.

Die Schuh- und Lederindustrie nach dem Friedensschluß.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Schuhmarkt“ in seiner Nr. 26 eine Abhandlung, die, wenn sie auch mehr unter dem Gesichtspunkte des Schuhhandels geschrieben ist, immerhin sehr beachtenswerte Kombinationen enthält und daher ein gewisses Interesse verdient. Für die Einjahre kommt nach dem genannten Artikel zunächst Rohmaterial, wie Häute, Leder, Gerbstoffe und eine Reihe Bedarfsartikel für die Schuhindustrie in Betracht, und zwar in erster Linie Rohware für unsere Gerbereien vom neutralen Ausland. Da die feindlichen Länder selbst großen Rohstoffmangel haben und die Rohwarenbestände aufkaufen, ist von da nichts oder nicht viel zu erwarten. Es könne aber, solange bei uns die Zwangswirtschaft bestehe, infolge der hohen Preise und bei unserem ungünstigen Valutastand wohl nicht viel Ware im Ausland gekauft werden, zumal uns Zahlungsmittel nur in geringem Umfange zur Verfügung ständen. Auch für private Einkäufe im neutralen Ausland werden wohl kaum zur Genüge Deckungen vorhanden sein. Etwas günstiger liegen nach dem „Schuhmarkt“ die Einfuhrmöglichkeiten an Leder von neutralen Ländern, da hier vor allem erhebliche Vorräte vorliegen und die betreffenden Lieferanten langfristige Kredite den deutschen Abnehmern einräumen würden. Notwendig sei aber eine bedeutende Herabsetzung der Preise, denn bei 15-16 M. für das kilo Bacheleder sei an eine Vereinnahmung dieser Ware nicht zu denken. Der Einfuhr von fertigen Schuhen an stelle die Zwangswirtschaft gleichfalls hindernd im Wege. Angebote lägen bereits vor, sogar feinste Ware aus Spanien, das überhaupt infolge seiner billigen Produktion günstige Aussichten aus dem Weltmarkt habe. Geringe Zahlungsmöglichkeiten und der niedrige Kaufwert unseres Geldes dürften schneller überwunden werden als man befürchte, da sich amerikanische Firmen mit der Absicht tragen, eigene Schuhfabriken in Deutschland zu errichten. Beschränkungen nach dieser Richtung würden sich Amerika und England nicht gefallen lassen, da wir nach den Friedensbedingungen einen ernstlichen Widerstand gar nicht leisten können und auch nicht leisten dürfen. Fraglich sei auch, ob unsere Feinde sich das Fortbestehen der Zwangswirtschaft, sowie die Sozialisierung der Produktion gefallen lassen würden. Denn auch hier biete der Friedensvertrag ihnen gewisse Handhaben. Im übrigen ist der Artikel zwar auf einen ernsten, dabei aber doch ziemlich hoffnungsvollen Ton über die zukünftige Gestaltung der deutschen Leder- und Schuhindustrie gestellt und betont, daß auch das Diktat von Versailles nicht imstande sein wird, unserem Volk in seiner Latkraft auf die Dauer den Weg zu verlegen. Möge das wahr werden!

Kleine Notizen.

Der Landarbeiterstreik im Osten ist nicht von langer Dauer gewesen und hat keinen allgemeinen Umfang angenommen. Ein größerer Streik der Landarbeiter zur Zeit der Ernte würde unsere schwer daniederliegende Wirtschaft fast ganz zugrunde richten. So sehr man auch die Gefahrheit gewissenloser Elemente verurteilen muß, darf doch keineswegs verschwiegen werden, daß ein großer Teil der östlichen Grundbesitzer, besonders die im Pommerischen Landbund organisierten Nachbarn, die größte Schuld an dem Landarbeiterstreik haben. Diese Kreise wollen den Landarbeitern das Organisationsrecht nicht zuerkennen und glauben, noch nach der früheren Art regieren zu können. In der preussischen Nationalversammlung hat der Landwirtschaftsminister diesen Herrschaften herbe Wahrheiten gesagt.

Am 21. Juli war in Deutschland von den Unabhängigen und Kommunisten ein allgemeiner Proteststreik proklamiert. Derselbe sollte als Protest gegen den Versailles-Gewaltfrieden gelten und hat in verschiedenen Städten und Industriegebieten, mit mehr oder minder bösen Zwischenfällen auch stattgefunden. Ursprünglich sollte dieser Proteststreik auch in Österreich, Ungarn und Italien stattfinden. Nachdem aber festgestellt, daß die

englischen, französischen und italienischen Sozialisten nicht mitmachen, war dieser Proteststreik nur eine erhebliche Schädigung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterkraft. Uebrigens ist die Propaganda für einen Proteststreik gegen den Gewaltfrieden seitens der Unabhängigen nicht recht ernst zu nehmen. Diese Kreise waren es, welche den Segnern von vornherein, noch während der Verhandlungen, sagten, Deutschland müsse den Frieden annehmen. Dadurch wurde verhindert, daß wir durch Verhandlungen noch mildere Bedingungen erzielten. Es zeigt sich immer klarer, daß mit dem Proteststreik am 21. Juli innerpolitische Ziele (Sturz der Regierung usw.) verfolgt wurden.

Die Nationalversammlung hat demnächst über weitgehende Steuererhöhungen zu beschließen. Die Erbschaftsteuer soll weiter ausgebaut werden, ferner soll eine einheitliche Grundbesitzsteuer und Bergabgabesteuer eingeführt werden. Geplant ist auch eine Erweiterung der Umsatzsteuer. An indirekten Steuern sind zu nennen eine Erhöhung der Zuckersteuer, der Zündwarensteuer und der Tabaksteuer. Die Zeiten sind vorbei, wo um einige Pfennige Mehrsteuern starke Auseinandersetzungen im Lande entstanden. Jede mögliche Steuerquelle muß jetzt herangezogen werden. Unsere Lasten sind riesengroß. Daß der Besitz besonders herangezogen werden muß, ist selbstverständlich. Zu den dauernden Mehrbesteuerungen des Besitzes kommen die sogenannten Kriegsgewinnsteuern und eine größere einmalige Vermögensabgabe („Reichsnotopfer“). Gegen die Steuerflucht ins Ausland soll, wie es heißt, durch stärkere Kontrolle, Abstempelung der Wertpapiere usw. vorgegangen werden.

Der Wucher macht sich zur Zeit schlimmer denn je bemerkbar. Die Preistreiberi und Ausbeutung hat auch in manchen Städten, wo die Bevölkerung wenig zu Ruhigen neigte, zu schweren Ausschreitungen geführt. Weil die Staatsautorität fehlt, glauben die Wucherer und Schieber, sich alles erlauben zu können. Wir müssen immer wieder an das öffentliche Gewissen appellieren und zu strengeren, gesetzlichen Maßnahmen gegen den Wucher auffordern.

Ueber die „Verankerung der Räte“ in der Verfassung wurde in der Nationalversammlung verhandelt und der Artikel 162 der Verfassung angenommen. Der Artikel bestimmt u. a., daß die Arbeiter und Angestellten gewerbliche Betreibungen in Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeitererrat erhalten. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeitererrat sollen mit Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat, in denen alle wichtigen Berufsgruppen vertreten sein sollen, zusammenwirken. Grundlegende sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe sind dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichswirtschaftsrat kann solche Gesetzentwürfe auch selbst beim Reichstage beantragen und durch Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen.

Der nebenhergehende und noch nicht zur Erledigung gekommene vorläufige Entwurf über die Betriebsräte soll im Ministerium eine wesentliche Umarbeitung erfahren haben. Der Entwurf ist, wenn diese Nummer in die Hände unserer Mitglieder gelangt ist, vielleicht schon der Nationalversammlung vorgelegt. Hoffentlich gelangt er dann bald zur Verabschiedung.

In der Presse sind über das Abstimmungsverhältnis bei dem Vertrauensvotum für die Generalkommission der freien Gewerkschaften auf dem Kongress in Nürnberg, soweit die einzelnen Verbände in Betracht kommen, irrtümliche Zahlen veröffentlicht worden. Die die „Soziale Praxis“ in Nr. 42 veröffentlicht, haben bei dem Vertrauensvotum für die Generalkommission gestimmt: Brauer, Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Bureauangestellte, Chorführer, Dachdecker, Friseur, Glaser, Hausangestellte, Hutmacher, Landarbeiter, Lithographen, Schiffszimmerer, Steinarbeiter, Steinseher, Tapezierer stimmten geschlossen 1... ja, die Näher, mit allen gegen eine Stimme (die des neuen Vorstehenden!). Bei den anderen Verbänden war das Verhältnis folgendes: Bauarbeiter 27:2, Bergarbeiter 36:8, Metallarbeiter 54:64, Eisenbahner 15:11, Fabrikarbeiter 33:17, Gastwirtsgehilfen 4:2, Gemeindearbeiter 24:7, Handlungsgehilfen 11:15, Holzarbeiter 18:1, Maler 5:2, Schuhmacher 5:8, Schneider 11:4, Tabakarbeiter 9:1, Textilarbeiter 14:16, Transportarbeiter 35:2, Zimmerer 18:3.

Nach verschiedenen Berichten zu urteilen, wird der Achtstundentag von vielen Arbeitern nicht so gehandhabt, wie es sein soll. Mancherorts benutzen Arbeiter die durch den Achtstundentag gegebenen freien Stunden, um in anderen Berufen Nebenarbeiten zu verrichten. Zu diesem Zweck ist der Achtstundentag nicht eingerichtet worden. Die Arbeitslosigkeit ist noch groß und die Arbeitslosen können umso weniger untergebracht werden, wenn Arbeiter, die regelmäßige Arbeit in ihrem Beruf haben, noch außerhalb der Arbeitszeit nebenher andere Arbeiten in wesentlichem Umfange verrichten.

Die Arbeitgeberverbände haben eine größere Stärkung und Zusammenfassung erfahren. Die deutsche Industrie war bisher in zwei Zentralorganisationen zusammengeschlossen: dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der letzteren Organisation fällt die Er-

ledigung der mehr wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der Industrie zu, während die letztere mehr das Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter darstellt. Nebenher bestand noch der deutsche Industrie-Schutzverband, der besonders die Streikversicherung der Arbeitgeber zum Ziel hatte. Der Deutsche Industrie-Schutzverband hat sich nunmehr der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angeschlossen, wodurch eine größere Zentralisation und Stärke der zusammengeschlossenen Arbeitgeber erreicht ist.

Eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung, welche der Nationalversammlung zugegangen ist, bringt eine Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Kinderrenten. Eine größere Reform der Reichsversicherungsordnung soll folgen. Es wird sich Gelegenheit bieten, später im Einzelnen auf diese Fragen zurückzukommen.

Nachdem die von dem zurückgetretenen Reichswirtschaftsminister Wissell vertretene Landwirtschaft vom Ministerium fallen gelassen worden ist, erklärte der Ministerpräsident Bauer in seiner Programmrede in der Nationalversammlung u. a., daß die Zwangsjacke der Kriegswirtschaft beseitigt und wieder mehr Raum für die freie Initiative (natürlich innerhalb bestimmter Grenzen) gelassen werden soll. Letzteres ist im Interesse des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens auch notwendig.

Aus unserer Industrie.

Unsere Textilindustrie und die billigen Auslandswaren.

Wir haben in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ in einem besonderen Artikel u. a. darauf hingewiesen, daß auch in den ausländischen Industriestaaten starke Gegenströmungen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zu verzeichnen sind. Wir leiteten hiervon, in Verbindung mit anderen Erwägungen, die Berechtigung ab, in bezug auf den Wiederaufbau in unserer Industrie nicht allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Gegenwärtig macht uns der große Rohstoffmangel ja noch sehr viel zu schaffen. Auch hinsichtlich der Konkurrenz und Billigkeit der ausländischen Textilwaren, deren Gefahr in bezug auf die Beschäftigung in unserer eigenen Industrie durchaus nicht unterschätzt werden darf, glauben wir, daß manche übertrieben schwarz in die Zukunft sehen. Die Hoffnungen, welche sich manche Konsumenten bezügl. der Möglichkeit des Einkaufs sehr billiger Auslandswaren machen, werden u. E. zum großen Teil enttäuscht werden. Von unserem Standpunkt aus als Produzenten, können wir das kaum bedauern. Interessant ist ein Rundschreiben der Vereinigung der Textil-Großhändler des Bezirks M.-Gladbach. Die Vereinigung macht in dem Rundschreiben u. a. darauf aufmerksam, die Preise für Baumwolle seien in den letzten zwei Monaten um 35 Prozent und die Arbeitslöhne in den ausländischen Spinnereien und Webereien um 60 Prozent gestiegen. Der auch dort eingeführte achtstündige Arbeitstag und sonstige soziale Zugeständnisse an die Arbeiter hätten weitere Verteuerung der Fertigware verursacht. Schließlich würden alle aus dem Ausland bezogenen Waren durch die Verschlechterung unserer Marktwährung beträchtlich verteuert. Diese, von uns bereits früher hervorgehobenen Umstände, fallen bei der „Beurteilung“ der Zukunft und Konkurrenzmöglichkeit unserer Textilindustrie wesentlich mit ins Gewicht.

Amerikanische Baumwollernte.

Nach der „Financial Times“ vom 2. Juli ist soeben die offizielle Schätzung der diesjährigen amerikanischen Baumwollernte vom United States Department of Agriculture bekannt gemacht worden. Danach beträgt die unter Anbau von Baumwolle befindliche Fläche in den Vereinigten Staaten etwa 33 960 000 acres, gegenüber einer Anbaufläche (gleichfalls nach der ersten Schätzung)

von 37 073 000 acres im Jahre 1918
„ 34 925 000 „ „ 1917
„ 36 052 000 „ „ 1916
„ 32 107 000 „ „ 1915

Nach dem Stande vom 25. Juli beurteilt man die Aussichten der diesjährigen Ernte nur auf etwa 70 v. H. einer normalen Ernte, während sie noch im vergangenen Monat auf 75,6 v. H. geschätzt wurde. Im Jahre 1918 betrug die Ernte 85,8 v. H., 1917 70,3 v. H., 1916 81,1 v. H., 1915 80,2 v. H. Der Durchschnitt der letzten zehn Jahre betrug 80,2 v. H. Auf Grund dieser Schätzungen rechnet man mit einer Ernte von 10 986 000 Ballen gegen 15 325 000 im Vorjahre, 11 302 000 im Jahre 1917, 11 450 000 im Jahre 1916 und 11 192 000 im Jahre 1915.

(Demnach würde die diesjährige amerikanische Baumwollernte niedrig sein. Vorläufig handelt es sich aber noch um Schätzungen.)

Aus unserer Bewegung.

Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Unsere, sich in Gefangenschaft befindenden Brüder kehren nach und nach heim. Ihr Heimweh und ihre Sehnsucht sollen endlich erfüllt werden. Auch Kollegen aus unseren Reihen sehen jetzt ihre lieben Angehörigen wieder. Wir begrüßen die Zurückkehrenden alle recht herzlich. In dem Gefangenenbüchergelager bei Köln haben die christlichen

Gewerkschaften durch eine besondere Einrichtung (Literatur, Vorträge, Verbandsorgane usw.) dafür gesorgt, daß den Zurückkehrenden auch von christlicher Gewerkschaftsseite ein besonderer Willkommengruß entbieten wird und daß dieselben sich auch langsam auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland einstellen können.

Aus dem Sächsisch-Thüringischen Verbandsgebiet. (Einigung vor dem Schlichtungsausschuß.)

Die Tarifverhandlungen zur Erneuerung des Lohn-tarifs für den Sächsisch-Thüringischen Webereiverband, sowie für die Sächsisch-Thüringische Färberkonvention waren am 8. Juli geendet. Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer glaubten an der Höchstgrenze des Entgegenkommens angelangt zu sein.

Für alle in den Betrieben des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien, sowie in den Betrieben der Sächsisch-Thüringischen Färberkonvention Beschäftigten gelten vom 15. Juli bis 15. Oktober folgende Mindeststunden- und Garantielöhne:

Table with 4 columns: Age group (im Alter von 14-16, 16-18, 18-20, über 20 Jahre), Gender (männliche, weibliche), and Wage (Pfg.).

Table for Hilfsarbeiter (männliche, weibliche) with 4 columns: Age group, Gender, and Wage (Pfg.).

Die Verhandlungen über die weiteren Bestimmungen des Mindeststunden- und Garantielohnes wurden am 16. Juli beendet. Verhandlungen über besondere Akkordlohn-tarife für die Webereien wurden ebenfalls angelehrt.

Bezirk Baden. (Gau-Konferenz.)

Eine von 70 Personen besuchte Gau-Konferenz unseres Verbandes fand am Sonntag, den 20. Juli, in Säckingen statt. Mit einer Ausnahme waren alle Ortsgruppen vertreten. Die ganzen Verhandlungen gestalteten sich äußerst lebhaft und reg.

An diesen Vortrag knüpfte sich eine äußerst lebhaft diskutierte. Alle Redner und Rednerinnen erklärten, mit den heutigen Löhnen nicht mehr auskommen zu können; ferner, daß die Lohnsätze, wie sie der Tarifentwurf unseres Verbandes vorsieht, unbedingt durchgeführt werden müssen.

Die am Sonntag, den 20. Juli 1919, bei der Gau-Konferenz in Säckingen versammelten Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute des christlichen Textilarbeiterverbandes erklärten sich voll und ganz mit dem neuen Lohn-tarif vom 7. Juli 1919 einverstanden und fordern mit allem Nachdruck von ihren Gewerkschaftsführern, für dessen Durchführung Sorge zu tragen.

Hierauf besprach Gausekretär Riefel-Säckingen die Verhältnisse im Gau, die Agitation, die Verbandsgeneral-versammlung und den Gewerkschaftstag in Säckingen. Der Vortrag fand ungeteilten Beifall. Der Redner gab einen klaren Ueberblick über den Stand und Entwicklung unserer Bewegung, über seine Tätigkeit als Gauleiter und Abgeordneter, über die Aussichten und Erfolge in der Agitation.

Was die Stellung und Ausarbeitung von Anträgen zum Verbandstag angeht, wurde eine mehrgliedrige Kommission gebildet, welche die Ausarbeitung solcher Anträge vorzunehmen hat.

Als Delegierte und Ersatzmänner wurden vorgeschlagen für den zweiten Wahlbezirk Kollege Friedrich Umann in Murg, Delegierter, und Kollege Herman Köhler in Säckingen als Ersatzmann.

Nachdem unter Punkt Verschiedenes einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Konferenz geschlossen.

Bayern. (Sekretariatsbezirk Rempten.)

Am 13. Juli hielten wir in Immenstadt eine Bezirks-konferenz ab. Kollege Egger konnte von allen Orts-

gruppen des Allgäu, mit Ausnahme von Memmingen, Delegierte begrüßen; auch unser Bezirksleiter Kollege Geier hatte uns durch seine Anwesenheit erfreut. Den Vorsitz führte Kollege Wiedemann von Immenstadt.

Zunächst erstattete Kollege Egger Bericht über die Bewegung der Textilarbeiter im allgemeinen und im besonderen über die Fragen, die uns im Allgäu betreffen. Erfreulicherweise konnte konstatiert werden, daß sich alle Ortsgruppen mit einer einzigen Ausnahme (Kottern), trotz gemeintem Terror, halten konnten, zum Teil sogar ihre Mitgliederzahlen vermehren.

Die Tarifbewegung, die in die Berichtszeit fällt, wurde mit allem Nachdruck gefördert; leider muß dabei gleich gesagt werden, daß die Lohnerhöhungen mit der Feuerung nicht im Einklang stehen.

In der darauffolgenden Aussprache wurde allgemein der Terrorismus scharf verurteilt und aufgefordert, den äußersten Widerstand zu leisten. Terrorismusfälle müssen sofort gemeldet werden. An dem Zusammenbruch der Ortsgruppe Kottern trägt einen großen Teil Schuld der dortige Direktor Kremser, welcher nicht nur die Bestrebungen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes unterstüzt, sondern sogar dafür agitierte.

Kollege Geier verwies noch auf die Zustände in Augsburg, wo mit den schäblichsten Mitteln gegen uns gearbeitet wird.

In Füssen werden bereits drei Tage Urlaub bei 20-jähriger Beschäftigung gewährt. Wir erkennen den guten Willen der Direktion an, aber nach 20-jähriger Beschäftigung sind mindestens 12 Tage Urlaub gerechtfertigt.

Die Delegierten bedauerten, daß in der Presse fortwährend vom Abbau der Löhne die Rede ist; nicht aber genau so entschieden die Steigerung der Lebensmittelpreise verurteilt wird.

Die Forderungen, die an die Arbeitgeber bezüglich der Urlaubsfrage und Lohnerhöhung für die gelernten Handwerker und Spezialarbeiter eingereicht wurden, sind vollauf berechtigt und wurden die Kollegen Geier und Egger beauftragt, sie voll und ganz zur Durchführung zu bringen.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Geier das Wort und führte aus, daß die Aufwärtsbewegung unseres Verbandes eine Neuordnung der inneren Verhältnisse notwendig mache. Der Zentralvorstand hat deshalb beschlossen, auf den 14. September eine Generalversammlung nach Düsseldorf einzuberufen.

Einstimmig wurde Kollege Wiedemann von Immenstadt als Delegierter und Kollegin Heiligenfelder von Kaufbeuren als Stellvertreterin gewählt.

Mit einem Schlußwort, daß alle Anwesenden auch künftig mitarbeiten und nicht nur unsern Verband, sondern überhaupt unsere ganze christliche Gewerkschaftsbewegung in der Aufwärtsbewegung mit allen Kräften unterstützen möchten, wurde die Konferenz geschlossen.

Für den Nachmittag waren alle Mitglieder der Ortsgruppen des oberen Allgäu zu einer Zusammenkunft eingeladen und mußte dieselbe wegen der schlechten Witterung in einem großen Lokale abgehalten werden. Wer da glaubte, daß der strömende Regen wenig christliche Textilarbeiter zusammenkommen lassen würde, war freudig überrascht; — die Lokalitäten waren dicht gefüllt und gaben dem arrangierten Konzert ein schönes Gepräge.

Kollege Egger hielt hierauf einen Vortrag: „Sind die christlichen Gewerkschaften notwendig?“

Bezirksleiter Kollege Geier dankte noch allen Anwesenden für das überaus zahlreiche Erscheinen und forderte in schwingvollen Worten auf, mit ganzer Kraft an der weiteren Ausbreitung unserer Bewegung zu arbeiten.

Allzu rasch entwichen die Stunden. Mit hoher Befriedigung und neu gestählt für den Alltagskampf ging es der Heimat zu.

Tarifvertrag für die Bezirksgruppe Grünberg-Neusalz des Verbandes Sächsischer Textil-industrieller. G. B.

(Auszug aus dem Vertrag.)

Die Entlohnung erfolgt nach Zeitlöhnen oder Akkord-löhnen. Die Zeitlohnsätze betragen:

für Grünberg, Neusalz (Ober), Luthrötha: für männliche Arbeiter der Wollebearbeitenden Betriebe: Altersstufe 1: über 20 Jahre 125 Pfg. pro Stunde

für männliche Arbeiter der Bastfasernverarbeitenden Betriebe: Altersstufe 1: über 20 Jahre 115 Pfg. pro Stunde

für Arbeiter in der Karderie, Fachelei, Schüttelei und Vorspinnerei darf ein die vorstehenden Sätze bis zu 5 Pfg. in Grünberg bis zu 10 Pfg. überhörender Lohn gezahlt werden.

für weibliche Arbeiter der Wollebearbeitenden Betriebe: Klasse 1: Weberinnen, Spinnerinnen, Obermänner, Krempelrinnen, Reiferinnen, Wollerinnen, Walkrinnen, Sortier-rinnen: Altersstufe über 20 Jahre 110 Pfg., 18-20 Jahre 90 Pfg., 16-18 Jahre 70 Pfg., 14-16 Jahre 45 Pfg. pro Stunde.

für weibliche Arbeiter in den Bastfasernverarbeitenden Betrieben: Klasse 1: Karderie-Weberinnen und Fachele-Weberinnen und Anlegerinnen, Feinspinnerinnen, Weiche-rinnen, Papierschneide-Maschinen: Altersstufe über 20 Jahre 100 Pfg., 18-20 Jahre 80 Pfg., 16-18 Jahre 60 Pfg., 14-16 Jahre 45 Pfg. pro Stunde.

Für die Orte Sudau und Rothenburg (Ober) sind die Lohnsätze um 5 bis 15 Pfg., je nach Altersklasse, niedriger.

Die Akkordlohnsätze sind in der Regel so zu bemessen, daß Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit einen Verdienst erreichen können, der 10-20 Prozent über dem festgesetzten Zeitlohn liegt.

Bei Instandsetzung der Maschinen, bei Warten auf Material und bei sonstigen Arbeitsunterbrechungen, die nicht als Erwerbslosigkeit im Sinne der Erwerbslosen-fürsorge gelten, und deren Ursache nicht in der Person des Arbeiters liegt, wird die Ausfallzeit im festgesetzten Stundenlohn vergütet, sofern dem zuständigen Betriebs-beamten die Unterbrechung sofort gemeldet wird.

Für Arbeitsunterbrechungen, die in einzelnen Fällen weniger als eine Stunde dauern, wird eine Entschädigung nicht gezahlt, es sei denn, daß durch Häufung solcher Unterbrechungen in einer Woche eine besondere Härte für den Arbeiter entsteht.

Das Abkommen, welches bis 31. Oktober d. J. Gültigkeit hat und rückwirkend vom 16. April ab in Kraft getreten ist, gilt auch für den Betrieb der Firma Gruschwitz, Textilwerke A.-G. in Neusalz, jedoch mit bestimmten Abänderungen, welche den Arbeitern dieser Firma zumeist 5-10 Pfg. pro Stunde mehr an Lohn sichern.

Stimmen zur Verbands-Generalversammlung. Beitragsreform und Unterstützungswejen.

Zu diesem Kapitel wurde in letzter Zeit in unserem Verbandsorgan verschiedentlich Stellung genommen. Aus allen Zuschriften ging hervor, daß man sich in den Kreisen der Mitglieder klar darüber ist, daß eine Erhöhung der Beiträge unbedingt notwendig ist, um unseren Verband leistungsfähig zu machen.

